

Vortrag an den Ministerrat

Tätigkeitsbericht der Bundesstelle für Sektenfragen 2022

Die Bundesstelle für Sektenfragen hat den Bericht über ihre Tätigkeit für das Jahr 2022 vorgelegt.

Im letzten Jahr wandten sich 2.013 Personen an die Bundesstelle. Im Rahmen der psychosozialen Beratung und Begleitung gab es insgesamt 431 Beratungsfälle. Die Anzahl von 124 Anfragen durch Medienvertreterinnen und Medienvertreter zeigt auch für dieses Jahr die Bedeutung der Bundesstelle als neutrale und sachliche Informationsstelle.

Im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrags befasst sich die Bundesstelle mit einem breiten Themenspektrum, das von alternativen religiösen Bewegungen über Esoterik und spezifischen Lebenshilfeangeboten bis hin zu fundamentalistischen Strömungen, Verschwörungstheorien und Pyramiden- bzw. Schneeballsystemen reicht. Insgesamt betrafen die Anfragen 236 verschiedene Gemeinschaften, Organisationen, Bewegungen sowie Einzelanbieterinnen und -anbieter.

Mit Ende Dezember 2022 trat der langjährige Geschäftsführer Dr. German Müller in den Ruhestand, mit Jänner 2023 wurde Mag. Ulrike Schiesser mit der Geschäftsführung betraut.

Das Jahr 2022 stand wieder ganz im Zeichen der Coronavirus-Pandemie. Der Verlauf der Pandemie und die sukzessive Rücknahme der Schutzmaßnahmen nahmen jedoch die Brisanz aus den diesbezüglichen Diskussionen. Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und seine internationalen Folgen ab Februar 2022 lieferten jedoch neue Inhalte für Verschwörungstheorien, die im Berichtsjahr wieder einen erheblichen Anteil der Anfragen an die Bundesstelle ausmachten. Das Spektrum der Themen und Bereiche blieb jedoch auch im Jahr 2022 breit gefächert.

Im Bericht zeigen ausgewählte Fallbeispiele die große Bandbreite an Fragen und Problemen, die an die Bundesstelle herangetragen werden. Dazu gehören beispielsweise Schulabbrüche um für Online-Marketingfirmen zu arbeiten, das Engagement in der Reichsbürgerszene, die Verweigerung medizinischer Behandlung, der Glaube an Verschwörungstheorien und die Abschottung von Kindern im Rahmen des häuslichen Unterrichts.

Ausführlichere Darstellungen widmet der Bericht der „IM Mastery Academy“ und der „Anastasia-Bewegung“.

Die Anastasia-Bewegung integriert eine Reihe problematischer Inhalte einer gleichnamigen Buchreihe, die von Antisemitismus über Demokratiefeindlichkeit (der „Stamm“ als bessere Alternative) und die Verherrlichung des „Natürlichen“ bis hin zur Ablehnung der modernen Gesellschaft und einem konservativen Geschlechterrollen- und Familienbild reichen.

Problematische Auswüchse des Multi-Level-Marketing (MLM) in Form von Pyramiden- und Schneeballsystemen wurden von der Bundesstelle immer wieder thematisiert. Hier geht es nicht nur um den Verkauf von Produkten, sondern vor allem um die Anwerbung neuer Mitglieder - mit dem Versprechen, in kurzer Zeit hohe Einnahmen zu erzielen. Jugendliche scheinen eine besonders interessante Zielgruppe zu sein. Einige brechen sogar ihre Schul- oder Berufsausbildung ab, um sich voll und ganz der Anwerbung von Familienmitgliedern und Personen aus dem Freundes- und Bekanntenkreis für das jeweilige System zu widmen. Wenn sich der versprochene Erfolg nicht einstellt, wird dies nicht der Methode angelastet, sondern dem Individuum selbst, das den Erfolg vielleicht nicht stark genug gewollt hat.

All diesen Themen begegnet die Bundesstelle mit einem breiten Beratungs- und Informationsangebot, Fortbildungen und Vorträgen sowie der Mitarbeit in verschiedenen Arbeitsgruppen wie dem Bundesweiten Netzwerk Extremismusprävention und Deradikalisierung (BNED) oder dem Radicalisation Awareness Network (RAN) der Europäischen Kommission. Sie ist damit ein etabliertes Kompetenzzentrum, wenn es darum geht, Fragen von Betroffenen, Medien und anderen Fachinstitutionen zu vereinnahmenden Gruppierungen und Ideologien zu beantworten.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen und

davon Kenntnis nehmen, dass ich diesen Bericht gemäß Bundesgesetz über die Einrichtung einer Informations- und Dokumentationsstelle für Sektenfragen (Bundesstelle für Sektenfragen), BGBl. I Nr. 150/1998 idgF, dem Nationalrat vorlegen werde.

19. Juni 2023

MMag. Dr. Susanne Raab
Bundesministerin